

(A) **Wolfgang Clement**, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Herr Präsident! Herr Kollege Meyer! Darf ich Sie vielleicht darauf aufmerksam machen, daß für Ahaus Ansiedlungsverträge gelten, auf die der Rat der Stadt Ahaus hingewiesen hat, und daß entsprechend diesen Ansiedlungsverträgen in Ahaus nur abgebrannte Brennelemente und schwach- und mittelradioaktive Abfälle gelagert werden. Darauf weist der Rat der Stadt hin. Deshalb brauchen Sie doch gar nicht in dieser Form mit Kalkar zu winken, wie Sie es tun.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sie winken!)

Die Brennstäbe von Kalkar fallen entsprechend den Verträgen und Abmachungen für Ahaus nicht unter das Material, das in Ahaus zwischengelagert werden darf. Damit ist doch Ihre ganze "Knüpp in die Beine"- Philosophie, Herr Kollege Meyer, zu Ende; begreifen Sie das doch bitte!

(Beifall des Reinhold Trinius)

Sie wollen nun partout ein Bonbon an unser Hemd kleben. Das macht keinen Sinn!

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das ist Quatsch!)

(B) - Herr Kollege Linssen, das ist kein Quatsch. Hören Sie zu! Zweitens ist doch völlig klar, daß die Landesregierung die Rechtsposition kennt und daß die Landesregierung darüber hinaus in Kenntnis der Rechtsposition den politischen Willen hat, daß Müll nur aus ihrem Land in ihrem Zwischenlager zwischengelagert wird. Das ist doch so selbstverständlich wie nur etwas, und das ist keinerlei Widerspruch. Daß wir - Herr Kollege, das haben Sie doch vorhin selbst unterstrichen - politisch genauso darauf hinwirken, daß die, die den Atommüll verursachen, ihn möglichst in ihren Ländern auch entsorgen, nämlich zwischenlagern und vielleicht sogar endlagern, das ist der politische Wille des Koalitionsvertrages, den wir geschlossen haben.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Helmut Linssen (CDU), Heinz Hardt (CDU) und Laurenz Meyer (CDU))

Nun zeigen Sie mir mal, wo da ein "Knüpp im Bein" ist. Ich habe den Eindruck, daß Sie schlichtweg nicht wollen. Bleiben Sie mal schön dabei! Die eigentliche Schwierigkeit, die Sie haben, ist doch, daß Sie für die Kernenergie sind und jetzt in Ahaus nicht für die Entsorgung, für die Zwischenlagerung des Kalkarkerns eintreten können, weil

die kommunale CDU dort so vernünftig ist, wie sie ist. Das ist Ihr Problem. (C)

(Beifall bei der SPD)

Nun gehen Sie mal entschlossen diesen Weg! Gelegentliche Widersprüche werden Sie auch verkraften. - Schönen Dank.

(Unruhe und Zwischenrufe bei der CDU - Klaus Matthiesen [SPD]: Das sind doch Eiertänze, die Sie auf spitzen Schuhen gemacht haben!)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren, die Rednerliste ist erschöpft.

Wir sind damit am Ende der Aktuellen Stunde.

Ich rufe den nächsten Punkt der Tagesordnung auf:

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) und Gesetz zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/1200

erste Lesung - Einbringung

in Verbindung damit:

**Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1996 bis 2000**

Unterrichtung  
durch die Landesregierung  
- zur Beratung -  
Drucksache 12/1201

und

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/1202

erste Lesung - Einbringung (D)

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) Zur Einbringung des Haushaltsgesetzes und der Finanzplanung erteile ich jetzt Herrn Finanzminister Schleißer das Wort.

**Heinz Schleißer, Finanzminister:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir leben finanzpolitisch in einer sehr schwierigen Zeit:

Ende letzten Jahres habe ich hier die Rahmen-  
daten der kommenden Haushalte dargestellt und  
deutlich gemacht, wie wichtig zuverlässiges und  
stetiges Handeln in der Finanzpolitik ist. Ich kon-  
nte dabei auf die guten Ergebnisse der zurücklie-  
genden Jahre hinweisen. Auch 1995 haben wir  
unsere gesteckten Ziele erreicht, das Defizit war  
sogar niedriger als geplant.

Lob kam dafür von einer unabhängigen inter-  
nationalen Rating-Agentur, die zu unserer Haus-  
haltspolitik erklärte:

"Ungeachtet konjunktureller Belastungen und  
Strukturprobleme ist die Finanzpolitik von  
strikter Disziplin und soliden Haushaltsab-  
schlüssen geprägt."

Gleichzeitig habe ich aber auch gesagt:  
Verlässlichkeit der Planung hat dort ihre Grenzen,  
wo Faktoren ins Spiel kommen, die eine Landes-  
regierung nicht beeinflussen kann. Dabei habe ich  
auf die konjunkturbedingte Entwicklung der Steu-  
ereinnahmen und den Länderfinanzausgleich ver-  
wiesen und auf Risiken, die hier bestehen. Nicht  
erwartet habe ich, daß diese Risiken so schnell  
und noch dazu in so dramatischer Höhe Realität  
werden.

(B)

Die Steuerschätzung vom Mai 1996 läßt für das  
nächste Jahr 2,3 Milliarden DM weniger an Ein-  
nahmen erwarten, als trotz vorsichtiger Schät-  
zung eingeplant waren. Gleichzeitig steigen unse-  
re Zahlungsverpflichtungen im Länderfinanzaus-  
gleich gegenüber der mittelfristigen Planung um  
1,5 Milliarden DM - ein Tribut, den Nordrhein-  
Westfalen als finanzstarkes Land im föderalen  
Interesse zahlen muß; denn trotz eigener Steuer-  
einbußen hat sich unsere Finanzkraft im Verhält-  
nis zu den anderen Ländern weiter verbessert.  
3,8 Milliarden DM nicht beeinflussbarer, zwangs-  
läufiger Haushaltsverschlechterungen brutto in-  
nerhalb eines Zeitraums von nicht einmal einem  
Jahr!

Gegenüber 1996 kommen dazu rund 600 Millio-  
nen DM an zusätzlichen, gesetzlich oder vertrag-  
lich zwingend zu erfüllenden Mehrausgaben, die

im Haushalt 1997 aufzufangen sind. Dabei geht  
es um Leistungen aus dem Flüchtlingsaufnahme-  
gesetz mit einem Mehr von 250 Millionen DM,  
um ein Mehr beim Wohngeld in Höhe von  
170 Millionen DM und weitere 200 Millionen DM  
Anpassungshilfen bei der Kohle.

(C)

Meine Damen und Herren, das war die Ausgangs-  
position, von der aus die Landesregierung ihre  
Beratungen zum Haushalt 1997 aufnehmen muß-  
te: starke Einbrüche auf der Einnahmeseite,  
zwangsläufige Mehrausgaben auf der anderen  
Seite. Das summiert sich zu einer Brutto-  
verschlechterung der Haushaltssituation von  
4,4 Milliarden DM.

Von dem Steuerweniger und dem Mehr im  
Länderfinanzausgleich entfallen 1,1 Milliarden DM  
auf die Gemeinden, 3,3 Milliarden DM verbleiben  
gegenüber der bisherigen Finanzplanung beim  
Land.

Das war eine schwierige Gratwanderung; denn  
bei verantwortbarer Politikgestaltung, bei einer  
Politik, die sich sowohl der Konsolidierung als  
auch der Wirtschaftskonjunktur und dem Arbeits-  
markt verpflichtet fühlt, konnte die Entscheidung  
weder lauten, die Haushaltsverschlechterung von  
3,3 Milliarden DM voll auf die Nettokreditauf-  
nahme durchschlagen zu lassen. Das wäre  
antizyklische Politik. Damit haben wir auf der  
Bundesebene und auch im Land in den 70er Jah-  
ren weniger gute Erfahrungen gemacht.

(D)

Aber auch eine rein prozyklische Linie kann nicht  
die Antwort sein. Aus konjunktur- und arbeits-  
marktpolitischen Gründen halte ich es für unver-  
antwortlich, den gesamten Betrag bei den Aus-  
gaben zu kürzen. Das wäre nur zu Lasten von  
Investitionen, von Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-  
mitteln möglich gewesen.

Volles Durchschlagen der Haushaltsverschlechte-  
rung auf die Nettokreditaufnahme oder volles Ein-  
sparen auf der Ausgabenseite, diese Rezepte von  
antizyklischer und prozyklischer Finanzpolitik ha-  
ben sich in der Vergangenheit als untauglich er-  
wiesen. Das sind Antworten von gestern. Die  
Antwort von heute kann nur lauten: ein vernünftiger  
Mix aus beidem. Wir haben uns für diese soli-  
de Mittellinie entschieden.

Gut die Hälfte der Haushaltsverschlechterungen  
wird durch Einsparungen erbracht. Die andere, ein  
wenig kleinere Hälfte erhöht die bisher für 1997  
geplante Neuverschuldung. Beim Einsparen galt  
es, die Investitionen zu schonen.

(Minister Schleußer)

- (A) Nun beklagen einige den nominalen Rückgang der Investitionsausgaben - nominal, weil rein veranschlagungsbedingt.

Alle hier im Parlament vertretenen Parteien drängen den Finanzminister zu einer Steigerung der Schlüsselzuweisungen im Gemeindefinanzierungsgesetz. Das reduziert die Zweckzuweisungen und damit die investiven Ausgaben des Landes. 1997 werden ca. 600 Millionen DM umgeschichtet, und um genau diese 600 Millionen DM gehen die Investitionsausgaben zurück.

Dazu kommt: 1997 fließen knapp 600 Millionen DM weniger Investitionszuweisungen vom Bund und von der EU.

Zusammen hätten danach die Investitionsausgaben um 1,2 Milliarden DM gegenüber 1996 zurückgehen müssen. 600 Millionen DM sind es. Das belegt den entschiedenen Willen der Landesregierung, die Investitionen bei allen Sparzwängen möglichst hoch zu halten.

Der Preis für diese Operation: Das für 1997 anvisierte Zwischenziel von 5,5 Milliarden DM beim Abbau unserer Neuverschuldung wird erst ein Jahr später erreicht.

- (B) Meine Damen und Herren, zu den Eckpunkten des 1997er Haushalts:

Die für 1997 vorgesehene Ausgabensteigerung von 3 % wird abgesenkt auf 2,4 %. Die Ausgaben liegen bei knapp 90 Milliarden DM. Das sind 2,1 Milliarden DM mehr als 1996.

Werden entsprechend der Übereinkunft im Finanzplanungsrat aus dem 97er Haushalt der Länderfinanzausgleich und die Ausgaben für die Bahnreform herausgenommen, liegt die vom Land zu verantwortende Ausgabensteigerung bei 0,9 %. Einvernehmlich im Finanzplanungsrat war ein Plus von 2 %. Ich stelle fest: Wir unterschreiten diese Grenze wieder deutlich.

(Beifall bei der SPD)

Dazu beigetragen hat eine Vielzahl von Kürzungen und Umschichtungen durch alle Politikbereiche. Wir haben uns der Mühe unterzogen, jeden einzelnen Bereich auf Einsparmöglichkeiten abzuklopfen: von den Ausgaben für die internationale Zusammenarbeit und die Bezirksregierungen über die Wiedergutmachung, die Maßnahmen für das Gesundheitswesen bis zu den Ausgaben für Stadtentwicklung und Freizeit.

Ich weiß: Vieles ist dabei, wo Ansatzreduzierung bei den davon Betroffenen auf Kritik stoßen wird.

- (C) Die Landesregierung ist der Überzeugung, mit Augenmaß und ausgewogen gehandelt zu haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wichtig ist: Diese Landesregierung fühlt sich besonders der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen verpflichtet. Hier wird auch 1997 wieder ein Schwerpunkt des Landeshaushaltes sein.

(Beifall bei der SPD)

Zusammen mit den Beiträgen der EU stehen 1997 ca. 800 Millionen DM zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bereit. Gut zwei Drittel davon finanziert das Land. Allein zur Verbesserung der Ausbildungschancen werden im kommenden Jahr rund 90 Millionen DM und knapp 120 Millionen DM zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit eingesetzt.

Gleichzeitig steigen die Mittel für Wirtschaftsförderung leicht. Auch hier geht es darum, bestehende Arbeitsplätze zu stabilisieren und beim Schaffen von neuen Arbeitsplätzen zu helfen. Insgesamt sind hierfür im Haushalt 1997 - wiederum einschließlich der EU-Hilfen - Fördermittel von rund 1,3 Milliarden DM vorgesehen.

Das Programm zugunsten von Regionen mit stark rückläufiger industrieller Entwicklung umfaßt dabei ca. 390 Millionen DM.

(D)

Verstärkt werden auch die Mittel, mit denen jungen Unternehmen der Start erleichtert wird. Das sind die Beratung von Existenzgründern und die Meistergründungsprämie.

Durch Umschichten und Kürzen bei vielen Einzelpositionen ist es gelungen, die Kontinuität auch bei den Politikschwerpunkten beizubehalten, die in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten bekräftigt worden sind.

Ich nenne den Wohnungsbau: 1997 werden wieder rund 27 000 bezahlbare Wohnungen für Familien und Alleinstehende mit geringem Einkommen gefördert; 2,9 Milliarden DM an Bewilligungsvolumen stehen hierfür zur Verfügung. Dazu kommen Mittel für Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen von 343 Millionen DM.

Bei der Kindergartenförderung summieren sich im nächsten Jahr die Investitions- und Betriebskosten auf über 1 800 Millionen DM. Allein die Ausgaben für Betriebskosten haben sich in den letzten fünf Jahren auf 1 600 Millionen DM verdoppelt.

(A) Welche überproportionalen Anstrengungen das Land für diesen Bereich auf sich nimmt, wird bei einem Vergleich unter den alten Flächenländern deutlich. Ich nenne die Zahlen für 1996:

- Nordrhein-Westfalen gibt für Kindergärten annähernd genauso viel aus wie alle anderen Flächenländer zusammen.

(Hört, hört! und Beifall bei der SPD - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sie bessern sich!)

- Für jedes Kind in Nordrhein-Westfalen bringt das Land rund 2 800 DM auf. Das ist doppelt so viel wie der Durchschnitt der anderen Länder mit rund 1 440 DM.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Ich fordere nachdrücklich, Herr Kollege Linssen, bei künftigen Diskussionen diese Zahlen zu bedenken. Sie zeigen: Mehranforderungen sind hier kaum noch verantwortbar.

Meine Damen und Herren, über weitere Schwerpunkte des Landeshaushalts wird in den parlamentarischen Beratungen ausgiebig Möglichkeit zur Diskussion sein - über das REN-Programm und soziale Betriebe, über ökologische Erneuerung und auch den Straßenbau. Ich weiß, je nach politischer Position wird diese oder jene Akzentuierung bei den Schwerpunkten gesucht.

(B) Ich stelle fest: Insgesamt ist der Haushaltsentwurf der Landesregierung ausgewogen und ein Optimum angesichts der geschilderten finanzpolitischen Zwänge.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zum Gemeindefinanzierungsgesetz 1997!

Steuerausfälle und steigende Länderfinanzausgleichszahlungen belasten auch die Kommunen. Gegenüber 1996 geht der im Steuerverbund verfügbare Betrag um knapp 600 Millionen DM zurück.

Das Land steht trotz dieser Restriktionen zu seiner Zusage aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, die Schlüsselzuweisungen wie die Landesausgaben zu steigern.

So werden diese für die Gemeinden besonders wichtigen Zuweisungen 1997 um insgesamt 215 Millionen DM auf rund 11 Milliarden DM zunehmen. Das sind 2 % mehr als 1996, und das ist oberhalb des 0,9-%-Wachstums des originären Landeshaushalts.

(C) Steigende Schlüsselzuweisungen bei zurückgehender Verbundmasse waren nur möglich durch zwei Operationen:

Die Zweckzuweisungen mußten reduziert und zudem 1996 noch aus dem Steuerverbund geleistete Zuweisungen von 290 Millionen DM in den Landeshaushalt verlagert werden - eine zusätzliche Belastung des Landes. Im Interesse einer fairen Partnerschaft mit den Gemeinden mußten diese für den Landeshaushalt belastenden Auswirkungen in Kauf genommen werden.

Meine Damen und Herren, einige Anmerkungen zum Vollzug des Haushaltes 1996:

Zur Entwicklung der monatlichen Haushaltszahlen wäre die Börsennotierung: Tendenz uneinheitlich.

Es kann für den 96er Haushalt keine Entwarnung geben. Die nach der Steuerschätzung bekannten Risiken für 1996 verdichten sich. Aus meiner Sicht kann die Ende Mai verhängte Haushaltssperre nicht aufgehoben werden; sie muß beibehalten werden.

Die Ausgaben und Einnahmen, die wir selbst gestalten können, sind plangemäß, eher unter Plan. Was Sorgen bereitet, sind die Steuern und der Länderfinanzausgleich.

(D) Zu den Steuern habe ich im Mai zusammen mit der Haushaltssperre dargelegt: Der Haushaltsansatz wird in diesem Jahr nur sehr schwer erreichbar sein. Die von der Steuerschätzung vorhergesagten Mindereinnahmen von 1,7 Milliarden DM erscheinen nach heutigem Erkenntnisstand eher noch zu optimistisch. Hier gilt es, die Ist-Zahlen des dritten Quartals abzuwarten.

Aber: Verglichen mit anderen finanzstarken Ländern steht Nordrhein-Westfalen gut da. Daraus resultiert ein Risiko, auf das ich schon wiederholt hingewiesen habe: steigende Ausgaben im Länderfinanzausgleich.

Wegen der im Ländervergleich hohen Finanzkraft haben wir vorausschauend vor der dritten Lesung des 96er Haushaltes den Ansatz für die Leistungen im Länderfinanzausgleich um 700 Millionen DM auf 2,4 Milliarden DM erhöht. Ob sich die Zahlungen in diesen Rahmen einpassen lassen, hängt maßgeblich von der weiteren Entwicklung der Einnahmestruktur aller Länder ab. Erst Ende dieses Jahres wird hier Klarheit sein. Der bisherige Mittelabfluß läßt aber eine deutlich höhere Ausgabe erwarten.

(Minister Schleißer)

- (A) Hohe Ausgaben im Länderfinanzausgleich, das hat zwei Seiten: Auf der einen ist es ein Beleg für die gute Steuer- und Finanzkraft unseres Landes, auf der anderen drohen solche Entwicklungen alle Planungen und Kalkulationen zu sprengen. Verschiebungen im Finanzkraftgefüge der Länder untereinander haben unweigerlich schmerzhaft finanzielle Folgen im Länderfinanzausgleich.

Mein Kollege in Baden-Württemberg hat eine Übersicht veröffentlicht, in der die Verschiebungen durch den bundesstaatlichen Finanzausgleich deutlich dargestellt werden. Das Ergebnis: Vor Eintritt in den Ausgleichsprozeß ist Nordrhein-Westfalen finanzstark. Nach Durchlaufen aller Umverteilungsstufen findet sich Nordrhein-Westfalen in der Finanzkraft abgeschlagen auf dem letzten Platz aller Länder wieder. - Im Rahmen der anstehenden Überprüfungen wird auch über diese Entwicklungen zu diskutieren sein.

(Beifall bei der SPD)

Schon 1995 hatte Nordrhein-Westfalen mit rund 3,4 Milliarden DM den weitaus höchsten Anteil im Länderfinanzausgleich aufzubringen - gut 30 % des gesamten Ausgleichsvolumens. Rund 35 % der Finanzausgleichszuweisungen an die neuen Länder stammen aus Nordrhein-Westfalen. Dazu kommen die fast 2,2 Milliarden DM nordrhein-westfälischer Beitrag zum Fonds "Deutsche Einheit"; das macht eine Gesamtbelastung von 5,6 Milliarden DM für das Jahr 1995. Damit ist auch für ein finanzstarkes Land wie Nordrhein-Westfalen die Grenze des Tragbaren erreicht.

(B)

(Zustimmung bei der SPD und des Roland Appel [GRÜNE])

In den fünf Jahren bis 2000 sind insgesamt 23 Milliarden DM an neuen Schulden geplant, bei Ausgaben für den Fonds "Deutsche Einheit" und den Länderfinanzausgleich von 25 Milliarden DM. Bereits diese Status-quo-Prognose zeigt deutlich, wie stark bestimmend die deutsche Einheit auch mittelfristig für die Finanzen unseres Landes bleiben wird. Selbst wenn von diesen Belastungen der an die Gemeinden weiterzuleitende Anteil abgezogen wird, werden zwei Drittel unserer Neuverschuldung bis zum Jahr 2000 einheitsbedingt sein.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung ist entschlossen, trotz verschlechterter Rahmenbedingungen unverändert ihren finanzpolitisch klaren Kurs zu halten.

(Zustimmung des Reinhold Trinius [SPD])

Richtig ist: Die jüngste Steuerschätzung führt in den drei Jahren 1997 bis 1999 zu einer weiteren Rücknahme der Steueransätze von rund 10 Milliarden DM. Unser Ziel aber bleibt: Abbau der Neuverschuldung auf 1 Milliarde DM im Jahr

(C)

2000, allerdings mit modifizierten Zwischenschritten.

Das Jahr 1997 wird wegen der dargestellten Sondersituation Ausgangspunkt einer neuen, steller abfallenden Konsolidierungslinie sein. Das bedeutet für unsere künftigen Haushalte:

- Mehr als die Hälfte unserer Steuereinnahmen werden wir zur Rückführung der Neuverschuldung einsetzen müssen;
- mit unseren Ausgabesteigerungen werden wir deutlich unter den Einnahmezuwächsen bleiben: im Durchschnitt der Jahre 1997 bis 2000 ein Plus von 3,4 % bei den Einnahmen, ein durchschnittlicher Zuwachs von 1,8 % bei den Ausgaben;
- mit dieser Ausgabensteigerung von 1,8 % liegen wir mittelfristig unter der für die Westländer vorgesehenen Linie von 2,5 % jährlichem Zuwachs;
- die Generallinie Personal wird konsequent beibehalten, das heißt, die Personalausgaben werden im letzten Jahr der Finanzplanung die 50-%-Grenze bei den Steuereinnahmen und die 40-%-Grenze bei den Gesamtausgaben unterschreiten;
- auch der Anteil der Zinsausgaben an den Steuereinnahmen wird planmäßig weiter zurückgeführt auf unter 12 %.

(D)

Meine Damen und Herren, ich sage schon heute: Um unsere Ziele zu erreichen, werden wir noch stärker als bisher in den Aufgaben- und Ausgabenbestand des Landes einschneiden müssen. Das Messen der Bedeutung von Politikfeldern an der Höhe der jährlichen Zuwachsraten wird endgültig der Vergangenheit angehören. Es wird viel Kraft und auch Disziplin kosten, unsere Politikschwerpunkte in diesen engen Ausgaberahmen einzupassen.

Das wird nur möglich sein, wenn an anderer Stelle weniger zur Verfügung gestellt wird. Wir werden die Konsolidierung des Landeshaushaltes aus eigener Kraft zu leisten haben. Hilfestellungen erwarten wir nicht - im Gegenteil: Wir haben uns darauf einzurichten, daß in den kommenden Jahren in vielen Bereichen vom Bund weniger kommt

(A) als bisher. Deshalb ist es ein besonderer Erfolg unserer Politik, die eigenfinanzierten Investitionen im Finanzplanungszeitraum um 1 Milliarde DM aufzustocken.

(Beifall bei der SPD)

Von den dann 10 Milliarden DM gesamten Investitionsausgaben im Jahr 2000 werden 84 % eigenfinanziert sein; heute sind es 74 %. Damit stehen wir an der Spitze aller Länder.

(Beifall bei der SPD)

Die Koalitionsfraktionen in Bonn und die Bundesregierung steigern ihre Vorwürfe, die Länder verweigerten sich beim Sparen, sie seien nicht bereit, ihren Anteil zu leisten. Ich sage: Wenn es um Sparen und Sparkonzepte geht, hat Nordrhein-Westfalen keine Rückstände. Wir bringen Jahr für Jahr das, was ein Land erbringen kann.

Das Stichwort 1997 ist der Personalhaushalt, konkret: die künftige Beschäftigung von Lehrern. Hier haben wir als erstes Land ein Konzept entwickelt, um auf die Herausforderungen sowohl bildungs- als auch finanzpolitisch angemessen zu reagieren.

(B) Bei aller möglichen Kritik an diesem Konzept bin ich mir sicher: Die Einsicht, auf steigende Schülerzahlen nicht mehr ständig nur mit Neueinstellungen reagieren zu können, ist auch bei den Kritikern vorhanden. Denn legt man die geltenden Bedarfsparameter zugrunde, dann ergibt sich durch steigende Schülerzahlen bis zum Jahr 2000 ein rechnerischer Mehrbedarf von 9 100 Lehrerstellen, 2 800 davon schon im nächsten Jahr. Jede zusätzliche Lehrerstelle belastet den Landeshaushalt - Lehrerdienstzeit und -pensionszeit zusammengerechnet - mit rund 3,6 Millionen DM.

Durch das neue Konzept werden rund 8 500 Lehrerstellen weniger nötig. Das erspart Personalausgaben von mehreren Milliarden DM.

Neue Wege im Schulbereich: Schwierige, aber erfolgreiche Verhandlungen liegen hinter uns. Die Ergebnisse sind noch nicht in den Haushaltsentwurf 1997 eingebaut. Das wird so schnell wie möglich in einer Ergänzungsvorlage nachgeholt. Der Haushaltsentwurf bleibt dadurch in seiner Substanz unverändert.

Meine Damen und Herren, für alle staatlichen Ebenen, besonders aber für die Länder gilt: Die Personalkostenentwicklung droht zum Sprengsatz in allen Haushalten zu werden. Wir haben darauf sehr frühzeitig mit der Generallinie Personal und

dem aufgabenkritischen Stellenabbau reagiert. 22 000 Stellen stehen zur Disposition. (C)

Da wird nun kritisiert, mit dem Abbau gehe es nicht schnell genug. Auch ich hätte hier gern größere Schritte. Aber ich sage: Stellenabbau ist nur möglich, wenn sowohl die sozialen Belange der Bediensteten als auch die Funktionsfähigkeit der betroffenen Dienststellen gesichert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zuruf von der CDU)

Das wird nur gehen, Herr Kollege, wenn dabei auch unkonventionelle Wege beschritten werden. Das heißt: Bedarf an der einen Stelle in Deckung mit dem Arbeitskräftepotential in den kw-behafteten Bereichen zu bringen. Dabei dürfen Ressortgrenzen keine unüberwindbaren Hürden sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein anderes Problem liegt in der zunehmenden Alterslast. Für problemlösende Entscheidungen aller Ebenen ist der Versorgungsbericht des Bundes unverzichtbar. Ihn haben wir immer wieder angemahnt. Er wird uns seit vielen Jahren von der Bundesregierung zugesagt. Nun soll er endgültig in diesem Monat vorgelegt werden. Aus meiner Sicht wird es notwendig sein, alle Alterssicherungssysteme für die Zukunft fit zu machen. Das gilt auch für die Pensionen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Hier geht es insbesondere um die Begrenzung des zu schnell wachsenden Zugangs bei den Pensionsempfängern. Konkret: Es gilt, die Zahl der Frühpensionierungen deutlich einzuschränken. Wichtig ist auch die Antwort auf die Frage, ob sich die Pensionshöhe nach dem letzten Einkommen richtet oder sich - wie in anderen Bereichen auch - am Durchschnittsgehalt ausrichten sollte.

Befriedigende Antworten auf diese Fragen werden mitentscheidend sein, ob wir im Gesamtstaat mittelfristig Haushalte noch politisch gestalten können oder ob sich Haushalte nur noch auf die Erfüllung von Zwangsläufigkeiten beschränken müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Roland Appel [GRÜNE])

Pensionen und Neugestaltung des öffentlichen Dienstrechts sind aber nur ein Teilausschnitt aus dem Problemkreis, der auf Bundesebene, und zwar im Einvernehmen zwischen Bund und allen Ländern, in den nächsten Wochen und Monaten geklärt werden muß. Die weiteren Bereiche sind

(Minister Schleißer)

- (A) das Jahressteuergesetz 1997 und die Unternehmenssteuerreform, die immer wieder genannte "Große Steuerreform" sowie Maastricht und die Folgen für Bund, Länder und Gemeinden.

Nach den Erfahrungen, die wir zur Zeit wieder mit Prognosen des Bundes machen, gehört es sich, hier zu sagen: Die mittelfristige Haushaltlinie Nordrhein-Westfalens hat als wesentliche Grundlage die Zahlen, die von der Bundesregierung für Wirtschaftsentwicklung und Steuern genannt werden. Sicherheitsabschläge haben wir nicht gemacht.

Bei der Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung sind wir allerdings der Bundesregierung nicht blind gefolgt. Auch ich bin davon überzeugt: Die Wachstumsschwäche ist überwunden, und die Konjunktur wird sich in den nächsten Monaten stabilisieren. Die Anzeichen für eine Konjunkturbelebung verdichten sich: Auftragseingänge und Produktion im verarbeitenden Gewerbe steigen, und auch die Kapazitätsauslastung hat seit dem Frühjahr 1995 erstmals wieder zugenommen. Bei dem erwarteten Verlauf dürften sich die den Steuereinnahmen zugrunde liegenden wirtschaftlichen Wachstumsraten realisieren lassen.

- (B) Für Risiken aus Steuerrechtsänderungen gilt: Steuerausfälle durch Steuerentlastungen auf Kredit kann sich keine Ebene erlauben, der Bund nicht, die Kommunen nicht und auch kein Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sehe den Verhandlungen zum Jahressteuergesetz 1997 unter diesem Aspekt mit Gelassenheit entgegen. Es geht aber in den Runden zum Jahressteuergesetz um mehr als nur das.

Im Mittelpunkt stehen die Abschaffung der Vermögensteuer und die Neuregelung des Erbschaft- und Schenkungssteuerrechts. Beide Vorhaben berühren vitale Länderinteressen. Das Aufkommen dieser Steuern steht ausschließlich den Ländern zu. Da wiederhole ich hier: Die Landesregierung hält die Beibehaltung der Vermögensteuer für verfassungsrechtlich möglich, finanzwirtschaftlich notwendig und verteilungspolitisch gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Roland Appel [GRÜNE])

Wir treten für eine maßvolle Reform der Erbschaft- und Schenkungssteuer ein, die den vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Grundsätzen folgt. Unser Konzept hierzu ist im Bundesrat eingebracht.

(C) Ich möchte hier feststellen: Wenn wir für eine grundsätzliche Beibehaltung der Vermögensteuer sind, dann hat das nichts mit "Sozialneid" zu tun. Das Beibehalten der Vermögensteuer ist eine Frage der steuerlichen Gerechtigkeit. 1989 - neuere Zahlen liegen nicht vor - gab es bundesweit rund 110 000 Privatpersonen mit einem steuerlichen Gesamtvermögen von jeweils über einer Million DM. Knapp 30 000 davon leben in Nordrhein-Westfalen. Diese haben ein steuerliches Gesamtvermögen von etwa 120 Milliarden DM. Ich bin davon überzeugt: Diese Vermögensteuerpflichtigen werden nicht in den wirtschaftlichen Ruin getrieben, wenn die Vermögensteuer beibehalten wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Roland Appel [GRÜNE] - Klaus Matthiesen [SPD]: Wenigstens da könnte auch die CDU Beifall klatschen! Da sieht man einmal ihren Geist!)

Für mich ist es auch ein Gebot der Gerechtigkeit, daß Vermögende in diesen schwierigen Zeiten ihren Beitrag zu den Lasten des Staates erbringen.

(D) Es ist - so finde ich - ein Gebot der Solidarität in unserer Gesellschaft, in Zeiten, in denen das Arbeitslosengeld gekürzt und die gesetzlich bereits festgelegten Kindergelderhöhungen vertagt werden sollen, bei Steuerentlastungen nicht gerade bei der Vermögensteuer zu beginnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Roland Appel [GRÜNE])

Ich sage zu: Die Landesregierung wird im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens alles daran setzen, die Ausgewogenheit des von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurfes zu verbessern. Dabei sind für uns die Anhebung des Existenzminimums und die Verbesserungen beim Kinderleistungsausgleich unverzichtbar.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zur großen Steuerreform hat Nordrhein-Westfalen Eckpunkte formuliert:

- Mehr Transparenz durch Vereinfachen; Wiedergewinnen einer breiten Akzeptanz des Besteuerungssystems durch die Bürgerinnen und Bürger.
- Mehr Steuergerechtigkeit durch konsequentes Umsetzen der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit.

- (A) - Wirtschaftspolitisch kontraproduktive Tatbestände sind zu korrigieren. Der Subventionswarrmach macht eine effiziente Besteuerung unmöglich. Dieses Steuern durch Steuern muß der Vergangenheit angehören, weil dieses System versagt hat.

(Beifall bei der SPD)

Die derzeit geführte notwendige Diskussion um die Einkommensteuerreform ist richtig. Das Problem ist: Sie geht häufig von falschen Analysen aus und wird teilweise auch nicht seriös geführt. Das gefährdet den Erfolg. Die Diskussion um die Abschaffung von Steuersubventionen ist, wie zu erwarten, interessenorientiert.

Richtig ist - das müssen wir festhalten -, daß die Steuerquote in Deutschland den niedrigsten Stand seit 30 Jahren hat. Die volkswirtschaftliche Steuerquote ist in der Bundesrepublik nicht ungünstiger als in fast allen wichtigen Industriestaaten. Ausschlaggebend für die unbestritten extrem hohe Abgabenquote sind die Sozialabgaben. Hier sind Senkungen vordringlich.

Aus der Ertragsteuerbelastung deutscher Unternehmen insgesamt kann sich kein Standortproblem ergeben. Das Aufkommen hatte 1995 das niedrigste Niveau in der Geschichte der Bundesrepublik. Problematisch ist die ungleiche Verteilung der Belastung. Auch Unternehmen gelingt es nur in sehr unterschiedlichem Maße, von Steuersubventionen zu profitieren.

- (B) Entscheidend für den Erfolg der Reform ist nicht die Entwicklung von Tarifmodellen. Deren Zahl droht inflationäre Ausmaße anzunehmen. Ausschlaggebend ist, wie und in welchem Umfang es gelingt, die Bemessungsgrundlage zu verbreitern. Danach richten sich die Möglichkeiten einer Tarifreform.

Ich warne vor Hoffnungen auf Selbstfinanzierungseffekte, den "Laffer-Effekt". Konservative Regierungen in den USA und in Großbritannien haben das an ihren Bürgern mit verheerenden Folgen ausprobiert. Ich kann darum Konservative in unserem Lande nur vor diesen ideologischen Fehleinschätzungen warnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Beispiel USA: Es gab in den 80er Jahren in den Vereinigten Staaten nicht eine, sondern zwei "große" Steuerreformen.

- (C) Die Steuerreform 1981 war - entsprechend den Forderungen von Unternehmensverbänden - angebotsorientiert. Über drastische Steuersenkungen und Steuervergünstigungen für den Unternehmensbereich sollte die Wirtschaft angekurbelt werden. Genau wie heute in Deutschland versprochen wird, sollte eine Kompensation von Steuerausfällen durch höheres Wirtschaftswachstum erreicht werden.

Das Ergebnis: Das Budgetdefizit der Vereinigten Staaten stieg von 1,3 % des Bruttoinlandsprodukts 1980 auf 3,4 Prozent im Jahre 1986 und die Staatsschuldenquote von 37,9 % auf 51 %. Ich sage deshalb: Wer das ideologisch unvoreingenommen betrachtet, weiß, daß sich diese Steuerreformen nicht selbst finanzieren können. Darum wurde sie in den USA schon 1986 mit einer zweiten Reform korrigiert, die von der Konstruktion her mit zwei Steuersätzen Ähnlichkeiten mit der jetzt bei uns diskutierten Reform hat:

Erstens. Bei dieser Korrektur stand nicht eine Entlastung des Unternehmensbereichs im Vordergrund, sondern die familienfreundliche Entlastung niedriger Einkommen mit einem Entlastungsvolumen für die privaten Haushalte von 120 Milliarden Dollar.

- (D) Zweitens. Diese Steuerreform war strikt aufkommensneutral. Alle durch Tarifsenkungen bedingten Ausfälle wurden durch Wegfall oder Einschränkung von Steuervergünstigungen ausgeglichen. Die volkswirtschaftliche Steuerquote änderte sich nicht.

Drittens. Die Gegenfinanzierung ging eindeutig zu Lasten der Unternehmen, deren Steuerlast sich um rund ein Drittel erhöhte. Das war ein Mehrbetrag von 120 Milliarden DM in fünf Jahren.

Viertens. Diese Reform hat allerdings nicht zu einer dauerhaften Vereinfachung des Steuerrechts geführt. Schon bei der Verabschiedung 1986 war das Gesetz wegen seiner zahlreichen Einzelregelungen 879 Seiten stark. Als Beispiel für Steuervereinfachung ist es daher sicherlich nur bedingt geeignet.

Fünftens. Zum Spitzensteuersatz: Der liegt heute in New York nicht bei 28 %, wie vielfach behauptet wird, sondern bei 43,9 %.

Ich plädiere für Ehrlichkeit in der Diskussion über eine große Steuerreform. Niemand darf den Eindruck erwecken, die genannten Einzelziele wären



(Minister Schleußer)

(A) gleichzeitig zu erreichen: Steuerentlastungen für alle und keine höhere Verschuldung des Staates.

Meine Position ist klar: Der linear progressive Steuertarif muß beibehalten werden. Stufentarifmodelle sind steuersystematisch wenig sinnvoll.

Besteuerung nur der Reineinkünfte, also Einnahmen reduziert um alle Erwerbsaufwendungen; bei der Einkommensermittlung sind Gewinne und Verluste aus allen Einkunftsarten miteinander zu verrechnen. Aufwendungen zur Existenzsicherung und für den Unterhalt von Familienangehörigen sind zu berücksichtigen.

Ein neuer Tarif muß auf einem ausreichend hohen steuerlichen Existenzminimum als sozialer Komponente aufbauen. Ein Betrag von 15 000 DM zur Jahrtausendwende muß angestrebt werden.

Eine Steuerreform, die den Namen verdient, muß mit einer deutlichen Senkung sowohl des Eingangs- als auch des Spitzensteuersatzes verbunden sein. Ich halte einen Eingangsteuersatz von 20 Prozent für notwendig und einen Spitzensteuersatz von 40 % für erreichbar.

(Beifall bei der SPD)

(B) Ob der Spitzensteuersatz auf 40 % reduziert werden kann, ist abschließend erst nach einer Verständigung über den Abbau von Steuersubventionen zu klären.

Eine solche Tarifreform ermöglicht Entlastungen von 70 Milliarden DM. Aber dieses Volumen muß und kann weitgehend durch den Abbau von Steuerergünstigungen gegenfinanziert werden. Wir haben dazu eine Reihe von realistischen, gangbaren Schritten vorgeschlagen.

Meine Damen und Herren! Der andere große Block der Gespräche mit der Bundesregierung gilt der Frage: Welche Folgen ergeben sich für Bund, Länder und Gemeinden aus der Europäischen Währungsunion? Unser Land Nordrhein-Westfalen muß auch künftig seine wichtige Stimme in Europa behalten. Nur Großbritannien, Italien, Frankreich und Spanien haben von den 15 EU-Mitgliedstaaten mehr Einwohner als Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen ist größer als Österreich, Dänemark, Irland und Luxemburg zusammen. Es ist deshalb naheliegend, in den jetzt anstehenden Gesprächen und Verhandlungen zu wichtigen Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion selbstbewußt die Interessen unseres Landes einzubringen.

(C) Wir wissen: Nordrhein-Westfalen ist mit seiner Größe, seiner zentralen Lage und seiner exportorientierten Wirtschaftsstruktur durch den europäischen Einigungsprozeß besonders begünstigt. Das heißt allerdings nicht, alle Vorgaben aus Brüssel oder aus Bonn kritiklos hinzunehmen und zu erfüllen.

Wir werden uns selbstverständlich der notwendigen Vereinbarung darüber nicht entziehen, wer und in welcher Höhe für die Einhaltung der Maastricht-Kriterien einzustehen hat.

Wir wissen: Der Gesamtstaat Deutschland ist zur Zeit nicht europatauglich. 1995 lag Deutschland bei 3,4 %, 1996 droht nach Einschätzung der deutschen Bundesbank ein Jahresdefizit von 4 % des Bruttoinlandsprodukts.

Um die Maastricht-Grenze von 3 % zu erreichen, liegt noch ein gewaltiges Stück an Konsolidierung vor uns. Das akzeptieren wir. Nordrhein-Westfalen als größtes Land in unserem föderalen Staatwesen steht da zu seiner Verantwortung.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Nein, Sie ver-sündigen sich!)

(D) Die Konsolidierung staatlicher Finanzen nehmen wir nicht auf uns, weil es eine willkürliche oder abstrakte, von Europa gesetzte Grenze gibt, sondern weil das im ureigenen Interesse unseres Gesamtstaates und seiner Bürger ist.

(Beifall bei der SPD)

Bei einem gesamtstaatlichen Schuldenstand von über 2 Billionen DM wird heute schon jede sechste Steuermark für Zinsen ausgegeben. Das sind über 140 Milliarden DM im Jahr oder 385 Millionen DM jeden Tag. Das ist mehr, als bundesweit für Schulen und Hochschulen ausgegeben wird. Diese Entwicklung muß gestoppt werden.

Es ist unbestritten: Die Konsolidierung der Staatsfinanzen hat unabhängig von Europa und unabhängig von den Maastricht-Kriterien nach wie vor oberste politische Priorität. Allerdings sind die Maastricht-Kriterien die Meßlatte dafür, ob unsere Konsolidierungspolitik erfolgreich ist. Sie sind Meßlatte für finanzpolitische Stabilität und solide Haushaltsführung.

Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen hat - gemessen an diesen Kriterien - keine Rückstände. Unsere Nettoneuverschuldung lag 1995 bei 0,8 % unseres Landes-Bruttoinlandsprodukts,

(A) und 1996 werden wir voraussichtlich wieder die gleiche Zahl erreichen.

Unsere Kreditmarktschulden - gemessen am Bruttoinlandsprodukt in Nordrhein-Westfalen - werden 1996 nicht 60 % betragen, sondern bei etwa 16 % liegen. Daher gibt es für Nordrhein-Westfalen keinen Grund, sich Gesprächen und Vereinbarungen auf Bundesebene zum Erreichen gesamtstaatlicher Konsolidierungsziele zu verweigern. Es wird bei den bevorstehenden Gesprächen mit dem Bund allerdings darum gehen, Länderinteressen insgesamt zu wahren.

Der Bund wird bei diesen Gesprächen für sich keine Sonderkonditionen bei der Aufteilung des Defizitvolumens einfordern können. Es muß ein wirklich fairer Ausgleich der Interessen von Bund und Ländern und unter Ländern und Gemeinden gefunden werden.

Nordrhein-Westfalen wird konstruktiv daran mitwirken.

(Beifall bei der SPD)

In diesen Tagen feiert unser Land seinen 50. Geburtstag. Im Rückblick können wir stolz darauf sein, was Menschen mit vereinter Tatkraft aus einem in Trümmern liegenden Land bis heute geschaffen haben.

(B) (Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Der selbstbewußten, aufgeklärten und zupackenden Art der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens fühlt sich die Landesregierung mit ihrer Politik verpflichtet.

Auch der Haushalt des Jahres 1997 steht in der Tradition, die dieses Land stark gemacht hat.

Bei allen Unterschieden in den Meinungen über den richtigen Weg dürfen wir hier in diesem Hohen Hause unser gemeinsames Ziel nicht aus den Augen verlieren:

Wir alle sind angetreten, um das Wohl unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger zu sichern und zu mehren. Handeln wir danach! - Glück auf!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Danke schön. - Ich erteile für die Landesregierung Herrn Minister Kniola das Wort.

Franz-Josef Kniola, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes schafft die Landesregierung die Voraussetzungen für eine geordnete Haushaltswirtschaft der nordrhein-westfälischen Kommunen im Haushaltsjahr 1997. (C)

Es bedarf erneut aller Anstrengungen, um die Kommunen unseres Landes in die Lage zu versetzen, ihre eigenen und die ihnen übertragenen Aufgaben wahrzunehmen. Land und Kommunen sind - mehr noch als in den vergangenen Jahren - auf Solidarität angewiesen.

Die Landesregierung unternimmt alles, um die kommunalen Handlungsspielräume zu wahren: Wir haben vor zwei Jahren eine neue Gemeindeordnung auf den Weg gebracht, die die früher immer wieder beklagten Reibungsverluste durch die Doppelspitze beseitigt und die in den Gemeinden eine große Akzeptanz findet. Wir haben mit dem Instrument des Bürgerbegehrens und des Bürgerentscheids neue Chancen für eine lebendige kommunale Selbstverwaltung eröffnet, Chancen, die von den Menschen ausgesprochen verantwortungsbewußt genutzt werden.

Wir haben mir der Experimentierklausel Spielräume geschaffen, die von unseren Gemeinden mehr und mehr genutzt werden. (D)

Während alle Welt von Standardabbau spricht, haben wir gehandelt: Die Landesregierung hat sich nicht nur immer wieder aktiv für einen Abbau von Standards eingesetzt und so die Belastungen der kommunalen Haushalte durch Sach- und Personalaufwand verringert, sondern zugleich mit dem Standard-Controlling ein Verfahren entwickelt, um das uns viele beneiden und das dem Aufbau neuer Standards entgegenwirkt.

Darüber hinaus haben wir mit der Pauschalierung von Zuwendungen die Verwaltungsverfahren in den Kommunen erheblich vereinfacht.

Handlungsspielräume, so eng sie auch sein mögen, können aber nur ausgeführt werden, wenn die Kommunen ausreichend finanziell ausgestattet sind. 1995 betrug die Deckungslücke in den Verwaltungshaushalten der nordrhein-westfälischen Kommunen 3,9 Milliarden DM. Dies ist der höchste bisher festgestellte Fehlbetrag. Der Verlauf des ersten Halbjahres 1996 läßt hoffen - leider noch nicht erwarten -, daß die Talsohle erreicht ist. Damit diese Hoffnung trägt, ist es erforder-